

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 19.03.2014  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:06 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Swieter, Benjamin

#### **SPD-Fraktion**

Bruns, Ludger  
Meyer, Lina  
Schulze, Kai-Uwe  
Strelow, Gregor  
Winter, Maria

für Hans-Dieter Haase  
für Rico Mecklenburg

#### **CDU-Fraktion**

Hegewald, Reinhard  
Odinga, Hinrich

für Helmut Bongartz  
für Benedikt Rosenboom

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Marsal, Andrea  
Renken, Bernd

#### **FDP-Fraktion**

Bolinius, Erich

#### **von der Verwaltung**

Discus, Gerhard  
Mansholt, Dieter  
Jakobs, Stefan  
Willms, Artur

#### **Protokollführung**

Pelzers, Gaby

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.03.2014

Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr **Swieter** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 11 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 27.11.2013 - öffentlicher Teil

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 11 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vom 27.11.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Genehmigung des Protokolls Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.12.2013 - öffentlicher Teil

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vom 12.12.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 5** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.03.2014

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 6** Prüfmittelung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die Prüfung des Beteiligungsmanagement der Stadt Emden  
Vorlage: 16/1072/1

**Herr Mansholt** erklärt, dass er Herrn Jahnke krankheitsbedingt entschuldigen müsse. Die Mitteilungsvorlage Prüfmittelung des Nds. Landesrechnungshofes über die Prüfung des Beteiligungsmanagement der Stadt Emden habe zwar bereits im Rechnungsprüfungsausschuss auf der Tagesordnung gestanden, sie werde nunmehr ebenfalls im Finanzausschuss vorgestellt, da es inhaltlich um das Beteiligungsmanagement und die Beteiligungssteuerung gehe und die Vorlage aus diesem Grunde im Finanzausschuss ebenso eingebracht werden könne. Daher werde dem Ausschuss die Möglichkeit gegeben, inhaltlich Fragen zu stellen und evtl. darüber zu diskutieren. Aus Sicht der Verwaltung sei interessant, zu erfahren, ob hieraus ein gewisser Dialog entstehen könnte, wie die Beteiligungssteuerung im Sinne des Rates optimal auszugestalten wäre. Da der Bericht allen bekannt sei, könnten gerne Fragen in Zusammenhang mit dem Bericht gestellt werden.

**Herr Strelow** merkt an, nichts sei so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte und darum sollte der Bericht als Chance angesehen werden, um evtl. Abläufe oder Prozesse in der Verwaltung verbessern zu können. Die SPD-Fraktion möchte betonen, dass unter Berücksichtigung der Entwicklungen der letzten Jahre nicht pauschal gesagt werden dürfe, wie es z. B. in dem Bericht deutlich werde, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht beachtet worden seien. Wohlwissend, dass gerade bei dem Hans-Susemihl-Krankenhaus erhöhte Verluste vorhanden seien, die zum Teil aufgrund der Rahmenbedingungen nicht zu steuern seien. In diesem Zusammenhang möchte die Fraktion das Stichwort Landesbasisfallwert und ähnliche Dinge ins Gespräch bringen. Grundsätzlich dürfe nicht gesagt werden, dass das Beteiligungsmanagement die Aufgaben gem. § 150 Nds. Kommunalverfassungsgesetz nicht wahrgenommen habe. So enthalte der Bericht auch folgende Feststellungen „Die Mehrheitsbeteiligungen waren so ausgerichtet, dass sie ihre Steuerungsaufgaben gem. § 150 NKomVG wahrnehmen konnten“. „Die Beteiligungsberichte enthielten, insbesondere bei finanzstarken oder wirtschaftlich starken Beteiligungen, wertvolle Berichtsteile“. Sollte man diese Aussagen als positiv bewerten, sei man auf dem richtigen Weg. Trotz allem, gebe es sicherlich das eine oder andere zu verbessern, zumal es bei den Beteiligungen immerhin um ein Stammkapitalvolumen von 18 Mio. € gehe. Deswegen sei es richtig, wenn das Beteiligungsmanagement zu verbesserten Prozessen kommen würde, insbesondere hinsichtlich der Kommunikation und Information. Daher auch die Frage an die Verwaltung, wie zukünftig die Beteiligungsberichte besser für den Rat aufgearbeitet werden könnten bzw. wie der Ablauf verbessert werden könnte. Außerdem stelle sich für ihn die Frage, ob das Vorstandsbüro sächlich und personell gut ausgestattet sei. Im Prüfbericht seien auch Schulungen gefordert worden, die aber durchaus in der Vergangenheit für Aufsichtsratsmitglieder erfolgt seien.

**Herr Hegewald** führt aus, in der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses, an der er selbst nicht teilgenommen habe, habe der Bericht des Landesrechnungshofes, insbesondere wegen des Beteiligungsmanagements der Stadt Emden, für eine heftige Diskussion gesorgt. Er könne den Landesrechnungshof nur als unabhängig und seriös bezeichnen und die kritischen Äußerungen sollten als hilfreiche Kritik aufgefasst werden, so wie sie in der Regel auch formuliert seien. Aus diesem Grunde wolle er wissen, was mit den vielen Tochtergesellschaften mit unterschiedlicher Rechtsform sei, wenn der Landesrechnungshof sage, hier fehle es an einer Strategie. Die Verwaltung sollte auf diese Kritik reagieren und argumentieren, es fehle oder fehle nicht an einer Strategie.

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.03.2014

**Herr Renken** sagt, er sei ebenfalls nicht bei der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses gewesen und habe sich über die Schlagzeilen in der Presse gewundert, die für ihn nicht nachvollziehbar seien, nachdem er den Bericht gelesen hätte. Er könne sich den Worten von Herrn Hegewald anschließen, dass es sich beim Landesrechnungshof um eine gute Institution handle und die Vorschläge zunächst als konstruktive Kritik betrachtet werden sollten. Es sei ja nicht allein die Stadt Emden, sondern noch sechs Städte geprüft worden und die Aufstellung der Stärken und Schwächen der jeweiligen Städte sei anschaulich dargestellt worden. Auf dieser Grundlage solle man sich die Frage stellen, wie im Bereich Portfolio-Management und Mandatspflegebetreuung Fortschritte zu erzielen seien, weil die Schwachpunkte im Vergleich mit den anderen Städten identifiziert worden seien. Daher sehe er als Aufgabe der Mandatsträger, die Gegebenheiten zu betrachten, Fragen zu stellen und das Vorgehen zu reflektieren, um auf diese Weise Verbesserungspotenziale zu eröffnen. Ein regelmäßiger Newsletter für die Mandatsträger sei an dieser Stelle nicht ausreichend. Es müsse vielmehr ein Dialog oder eine Kommunikation zwischen Beteiligungsmanagement und den Mandatsträgern in den Aufsichtsräten aufgebaut werden, evtl. auch sitzungsvorbereitend oder sitzungsnachbereitend. In diesem Zusammenhang stellt er an die Verwaltung die Frage, ob es bereits innerhalb der Verwaltung nähere Vorstellungen in dieser Angelegenheit gebe. Letztendlich habe der Rat die Aufgabe und Verantwortung, darauf zu achten, wie das Beteiligungsmanagement bei der Stadt Emden organisiert werde und die Aufgaben nach Nds. Kommunalverfassungsgesetz entsprechend den Vorgaben wahrgenommen würden.

**Herr Bolinius** könne sich den Äußerungen von den Vorrednern anschließen und fühle sich als Ratsherr vom Beteiligungsmanagement nicht genügend informiert. Die kritischen Anmerkungen seien gut und was daraus gemacht werde und was Herr Bornemann dazu geschrieben habe, halte die FDP-Fraktion für richtig. Leider sei die FDP-Fraktion aufgrund der Größe der Fraktion in den Aufsichtsräten schwach vertreten und bekomme daher nicht viel mit. Aufgrund der Konzernfinanzierung werde sich dieser Sachverhalt jetzt verbessern, da die Kreditaufnahme der großen Gesellschaften Zukunft Emden GmbH und Stadtwerke unter Beteiligung des Rates erfolge. Bezüglich der kritisierten Punkte richtet er an Herrn Mansholt die Frage, ob das Vorstandsbüro in der Lage sei und ggf. in welchem Zeitraum es möglich sei, mit dem vorhandenen Personal Verbesserungen zu erzielen.

**Herr Mansholt** geht auf die Fragestellungen und Anmerkungen ein. Zum Thema Beteiligungsberichte sei zu sagen, dass der Bericht im Prüfbericht gelobt worden sei. Dies sei aber im Moment relativ irrelevant, da die Beteiligungsberichte letztlich Bestandteil des Konzernabschlusses sein werden. Die Personalfrage bezüglich des Beteiligungsmanagements und der Beteiligungssteuerung beantwortet er dahingehend, dass Herr Hensmann, als studierter Wirtschaftsingenieur, diesen Aufgabenbereich mit einer vollen Stelle ausübe. Derzeit gebe es im Vorstandsbüro eine Projektstelle Konzernabschluss, die mit Herrn Tholen besetzt sei und die den Kollegen momentan ganzzeitig in Anspruch nehme, da dieser Bereich komplettes Neuland sei. Im Laufe der Zeit würden die Abläufe routinierter werden und der Arbeitsaufwand geringer ausfallen. D. h. dort könnten Stundenkapazitäten frei werden, um evtl. die Mandatsträger intensiver zu betreuen, wenn das gewünscht sei. Bestimmte qualitative Veränderungen könnten sicherlich mit Herrn Hensmann abgefangen werden, wenn aber z. B. der Rat die Anforderung hätte, dass bei den Fraktionssitzungen immer jemand anwesend sein sollte, müsse darüber diskutiert werden. Ebenso sei das Thema Schulung der Aufsichtsratsmitglieder im Prüfbericht aufgeführt. Die Verwaltung beschäftige sich damit. So habe es in diesem Zusammenhang u. a. bereits Schulungsveranstaltungen für die in Aufsichtsräten tätigen Ratsmitglieder gegeben. Die Verwaltung biete diese Angebote gerne an, stelle aber auch fest, dass je nach Themenschwerpunkt die Beteiligung sehr schwankend sei. Dies sei gleichwohl verständlich, da in Anbetracht der vielen Sitzungen nicht alle Termine wahrgenommen werden könnten. Sollten seitens des Rates entsprechende Informationsangebote gewünscht werden, könnten sie selbstverständlich an die Verwaltung gerichtet werden und die Verwaltung versuche, dem Wunsch dann zu entsprechen.

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.03.2014

Im Prüfbericht sei eine fehlende Strategie angesprochen worden, dem wolle Herr Mansholt widersprechen. Richtig sei, dass sehr wohl eine Strategie bestehe, wenn es um den Umgang mit dem Beteiligungs-Portfolio gehe. So sei z. B. das Chemisches Untersuchungsamt zunächst in eine GmbH umgewandelt und dann verkauft worden, da festgestellt worden sei, dass die Beteiligung nicht mehr zum Portfolio passe. Das sehr wohl eine Strategie vorhanden sei, spiegele sich auch in Form der neu gebildeten Gesellschaft Rysumer Nacken wider. Des Weiteren sei vom Landesrechnungshof bemängelt worden, dass die Verwaltung keine Vermerke, Protokolle oder ähnliches führe, aus denen ersichtlich sei, wie die genaue Strategie aussehe. Diesbezüglich merkt Herr Mansholt an, dass die strategische Ausrichtung einen ständigen Diskussionsprozess beinhalte, der nicht im Einzelnen dokumentiert werde. Im Vordergrund des ständigen Diskussionsprozesses stehe die Frage, welche Ziele der Rat im Rahmen seiner steuernden Funktion verfolge. Auf der Ratsebene müsse entschieden werden, ob und in welcher Form jährlich Handlungsziele erteilt werden sollten. Eine solche Einflussnahme sei für die Stadt Emden als Eigentümerin der Gesellschaften rechtlich möglich. Dies sei der eine Aspekt der Strategie und der andere Aspekt seien die finanziellen Auswirkungen. Im Bericht werde die Feststellung getroffen, dass die Beteiligungen für den kommunalen Haushalt nicht genug Geld abwerfen. Diese Aussage sei nicht zutreffend, das habe auch Herr Jahnke bereits in der Rechnungsprüfungsausschuss-Sitzung gesagt. Denn es gebe bereits funktionierende Bereiche, die durchaus ertragsreich und steuerlich anerkannt seien. So gebe es Gesellschaften, die in einem Bereich Erträge erwirtschaften und in einem anderen Bereich verlustträchtig seien. Unter Berücksichtigung der Möglichkeiten des bewährten steuerlichen Verbundes erfolge letztlich eine Aufrechnung von Gewinnen und Verlusten und eine entsprechende haushaltsmäßige Darstellung, die ggf. auch so sein könne, dass am Ende kein Ertrag ausgewiesen werde. Zusammenfassend sei zu sagen, dass die Verwaltung den Prüfbericht als Chance sehe, um in eine Diskussion mit den Fraktionen einzutreten. Wie eingangs schon erwähnt, würde die Verwaltung gerne auch eine intensivere Betreuung der Ratsmitglieder gewährleisten, dies setze aber einen direkten Dialog voraus. Auf Wunsch könnte allen Vertretern in den Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten vorab eine Beratung angeboten werden. In Einzelfällen hätten bereits Gespräche mit Ratsmitgliedern bei Herrn Hensmann stattgefunden. Ob dieses Angebot ausreichend sei, müsse von den Ratsmitgliedern entschieden werden; eine Rückmeldung sei wünschenswert. Im Prüfbericht sei darauf hingewiesen worden, dass das Beteiligungsmanagement nur bei wenigen Gesellschaften an den Aufsichtsratssitzungen als Berater und Zuhörer teilgenommen habe. Aus Sicht der Verwaltung wäre es hilfreich, wenn ein Mitarbeiter anwesend sein dürfte. Zumindest beim Hans-Susemihl-Krankenhaus habe es sich bewährt, dass Herr Hensmann an den Sitzungen teilnehme. Zum Thema Konzernfinanzierung sei zu sagen, dass die Kreditaufnahmen der Beteiligungsgesellschaften, soweit es der Rat beschlossen habe, über den kommunalen Haushalt laufen. Dies sei auch in Ordnung, da in diesem Bereich Geld zu verdienen sei.

**Herr Bolinius** sagt, er habe Anmerkungen zu den Ausführungen von Herrn Mansholt. Die erwähnten Aufsichtsratsschulungen seien oftmals parallel oder dicht aufeinander von den Stadtwerken Emden und der Stadt Emden angeboten worden. Als Ratsmitglied würde man sich dann doch nur für ein Angebot entscheiden und nicht alle vier Wochen zum gleichen Sachverhalt wieder an einer Schulung teilnehmen. Es müsse eine bessere Abstimmung erfolgen. Im Prüfbericht gehe es um die Mandatsträgervorbereitung und diesbezüglich sei erwähnt, dass eine schriftliche automatisierte Information und Aufbereitung von Unterlagen an alle Mandatsträger nicht erfolgt sei. Dies sollte aus Sicht der FDP-Fraktion verbessert werden; vielleicht könnte die Verwaltung sich mit anderen Kommunen in dieser Angelegenheit austauschen.

**Herr Renken** könne sich den Worten von Herrn Bolinius betreffend der Mandatsträgerbetreuung anschließen. Im Prüfbericht sei erwähnt, der Rat habe keine strategischen Ziele als Grundlage für Planungssteuerung und Erfolgskontrolle des Beteiligungsportfolios beschlossen, dies sei in jedem Fall diskussionswürdig. Gleichfalls würde ein darauf basierendes Zielvereinba-

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.03.2014

rungssystem auch für die Beteiligungen nicht existieren. Dies sei ein Punkt, zu dem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute keine abschließende Meinung formulieren werde, worüber aber Überlegungen angestellt werden sollten, inwieweit es eine sinnvolle Thematik sei. Im Budgetbuch seien für alle Fachbereiche und auch insgesamt für die Stadt bestimmte Oberziele beschlossen worden, die nicht jedes Jahr wieder neu beschlossen werden, sondern die über einen längeren Zeitraum ihre Gültigkeit hätten. Es stelle sich die Frage, ob im Rahmen der Beteiligungen solche Oberziele formuliert werden sollten, die dann sozusagen die Mandatsträger in den Aufsichtsräten bzw. Gesellschafterversammlungen letztendlich binden und eine Selbstbindung des Rates herbeiführen würden. Einen Diskussionsbedarf sehe er auch vor dem Hintergrund der Ausweitung des Bereichs Beteiligungen. Dem Plan des Kämmerers, die Wirtschaftsförderung komplett auszugliedern, stehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit großer Zurückhaltung gegenüber.

**Herr Odinga** fragt, ob die Satzungen der einzelnen Tochtergesellschaften der Stadt Emden verteilt worden seien.

**Herr Mansholt** antwortet, dass die Gesellschafterverträge, die der Rat beschlossen habe, zu Beginn der Legislaturperiode verteilt worden seien. Sollten diese Unterlagen nicht vorhanden seien, könnten diese selbstverständlich vom Vorstandbüro zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Strelow** entgegnet, den Ausführungen der Vorredner sei nicht viel hinzuzufügen. Seitens der SPD-Fraktion werde es begrüßt, wenn die Aufsichtsräte sich entscheiden würden, dass Herr Hensmann vom Beteiligungsmanagement an den Sitzungen teilnehmen dürfte. Beim Hans-Susemihl-Krankenhaus habe man damit gute Erfahrungen gemacht. In Bezug auf den Punkt strategische Ziele solle die Verwaltung diese in einem Ergebnisprotokoll dokumentieren. Mit den Worten von Herrn Mansholt zu sprechen, befinde man sich in einem offenen Diskussionsprozess und da werde ebenso die SPD-Fraktion Anregungen ermitteln. Die SPD-Fraktion würde es ebenfalls begrüßen, wenn die Gesellschaften sich Anfang des Jahres kurz in Form eines Steckbriefes, evtl. in diesem Ausschuss, vorstellen würden.

**Herr Mansholt** erklärt, er sei dankbar für diese konstruktive Diskussion. Gleichfalls werde die Verwaltung die hausinterne Beteiligungsrichtlinie nach den Vorgaben des Landesrechnungshofes überarbeiten und werde dieses Papier dem Ausschuss vorlegen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 7** Prognose Jahresabschluss  
Vorlage: 16/1194

**Herr Jacobs** bittet, vor dem Hintergrund des Unfallgeschehens der letzten Woche die kurzfristige Einbringung der Tischvorlage zu entschuldigen. Anschließend erläutert er ausführlich die Vorlage Prognose Jahresabschluss 2013. Die prognostizierte Ergebnisverschlechterung sei zusammenfassend Folge niedrigerer Gewerbesteuererträge und höherer Aufwendungen für Pensionsrückstellungen im Bereich der Personalaufwendungen. Die Prognose beinhalte allerdings nicht nur die 2,6 Mio. € Mehraufwand bei den Personalaufwendungen, sondern auch die Rückstellung für den Verlustausgleich des Klinikums mit 3,5 Mio. €, die Sanierung der Geibelstraße mit rund 300.000 €, die 600.000 € Betriebskostennachzahlung an das Gebäudemanagement und die überplanmäßig im Haushalt bereitgestellten 700.000 € für den Fachbereich 600. Diese Zahlen seien in der neuen Prognose enthalten und ergeben rund 7,7 Mio. €, die nicht in vollem Umfang zum 30.09.13 abgebildet werden konnten. Würden diese Positionen anders herum betrachtet werden, wäre die Stadt Emden aus Haushaltsjahr 2013 mit einem ganz anderen Ergebnis herausgegangen. Die Verschlechterung des Ergebnisses habe natürlich

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.03.2014

Auswirkungen auf die bisherige Finanzplanung. D. h., die Rücklagen, die bisher gebildet werden konnten, seien wesentlich eher verbraucht und es zeige sich, dass bei den Steuereinnahmen nicht immer von dem ausgegangen werden könne, was angesetzt worden sei. Gerade bei der Gewerbesteuer könne es zu Risiken kommen. Im Grunde zeige die Entwicklung, dass trotz der Höchstwerte bei den Steuereinnahmen die erfolgreiche gemeinsame Arbeit in der Haushaltsstrukturkommission nach wie vor zwingend und absolut notwendig sei und weiterhin an den Aufwandspositionen des Haushaltes gearbeitet werden müsse. Gleichwohl sollte die Ertragsseite des Haushaltes als ebenso wichtige Seite nicht außer Acht gelassen werden. Entsprechend habe sich bereits der Kämmerer geäußert.

**Herr Bolinius** führt aus, dies seien keine guten Meldungen. Es sei nicht damit zu rechnen gewesen, dass derart erhöhte Pensionsrückstellungen anfallen. Die FDP-Fraktion sehe sich allerdings bestätigt, dass die im Haushaltplan eingesetzten Gewerbesteuererträge von 50 Mio. € nicht erreicht worden seien und dies in kommenden Jahren immer wieder passieren könnte. Sollten diese Erträge weiterhin unter dieser Grenze liegen, reiche auch die Haushaltsstrukturkommission nicht aus. In diesem Zusammenhang werde noch einiges auf den Rat zukommen und es könnte zu schmerzhaften Einschnitten kommen. Diese könnten aber seitens der Fraktion nicht genau definiert werden.

**Herr Strelow** erklärt, die SPD-Fraktion sei ebenso überrascht wie ernüchtert von den Zahlen. Gleichwohl müsse festgestellt werden, die Personalaufwendungen bzw. Rückstellungen seien gesetzliche Auflagen, die nicht zu beeinflussen seien. Trotz allem sei deutlich geworden, dass konjunkturelle Schwankungen, die sich jetzt natürlich gravierend auswirken, nicht einzuplanen seien. In diesem Zusammenhang sei festzustellen, dass das Hans-Susemihl-Krankenhaus nach wie vor ein gewisses Risiko für den Haushalt darstelle. Es sei wichtig, strategische Überlegungen vorzunehmen. Zunächst sollte allerdings das Gutachten zum Thema Krankenhaus abgewartet werden. Insgesamt sei festzustellen, dass die vorhandenen Rücklagen durch solche Vorkommnisse schneller aufgezehrt seien als ursprünglich geplant. In Anbetracht dieser Zahlen sollte darüber nachgedacht werden, mit welcher Prognose der Rat an die Gewerbesteuer heran gehe. Bleibe man bei den gesetzten 50 Mio. € oder senke man diesen Betrag auf 49 Mio. € herab. Diese Zahlen müssten in der Haushaltsstrukturkommission thematisiert werden. Ob es gelinge, Summen in diesem Umfang einzusparen, könne seitens der SPD-Fraktion zu diesem Zeitpunkt nicht gesagt werden. Dies könne nur in den folgenden Sitzungen erörtert werden. Zum Glück seien noch Rücklagen vorhanden, davon könne noch gezehrt werden, aber diese seien irgendwann auch aufgebraucht. Folglich müsse der Rat auch zu anderen Betrachtungen kommen.

**Herr Renken** schließt sich den Worten der Herren Bolinius und Strelow bezüglich der überraschenden Zahlen, Prognosen und Konsequenzen an. Die finanziellen Probleme beim Krankenhaus könnten nicht kurzfristig, sondern nur über einen längerfristigen Zeitraum angegangen werden. Im Angesicht dieser ganzen Fakten müsse in der Tat alles neu bewertet werden, insbesondere welche Auswirkungen das alles auf die Rücklagenbildung im Allgemeinen habe. Insgesamt müsse man schauen, was noch auf den Prüfstand gehöre; dies habe man sich gemeinsam vorgenommen. Auf der anderen Seite sei klar, es könne innerhalb eines Jahres keine 5 Mio. € irgendwo herausgeschnitten werden; insofern sei es eine Daueraufgabe, in den nächsten Jahren nach möglichen Lösungen zu suchen.

**Herr Hegewald** erklärt, seitens der CDU-Fraktion sei man aufgrund der Zahlen enttäuscht, sie seien aber nachvollziehbar. Auf die Anmerkung von Herrn Strelow, dass das Vorhandensein der Rücklage ein kleiner Trost sei, bemerkt er, dass ihm seine Lebenserfahrung sage, es sei immer schwieriger Rücklagen aufzubauen als Rücklagen aufzubrechen. Bedenklich sei die Tatsache, dass in einer Phase der wirtschaftlichen Hochkonjunktur in der Region die 50 Mio. € nicht erreicht worden seien. Zudem sei ungewiss, wie lange diese gute wirtschaftliche Lage

## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.03.2014

noch anhalten werde. Sollte die Konjunktur nur ein wenig schlechter ausfallen, würden die geplanten 50 Mio. € in den nächsten Jahren nicht erreicht werden. Daher sollte in Anbetracht der derzeitigen Situation über diesen Betrag in der Haushaltsstrukturkommission nachgedacht werden.

**Herr Mansholt** entgegnet, sicherlich seien die Prognosen mit Blick auf die Zukunft schwierig. Wären die Pensionsrückstellungen nicht dazwischen gekommen, hätte sich für das Jahr 2013 eine Punktlandung ergeben. Es sollte auch nicht aus den Augen verloren werden, dass trotz der Pensionsrückstellungen der gesamte Personalaufwand unter dem Haushaltsansatz liege, d. h. innerhalb des Jahres im Personalbereich sparsam gewirtschaftet worden sei. Zudem sei die Defizitabdeckung des Krankenhauses mit 3,5 Mio. € erwirtschaftet worden, das Gesamtdefizit des Haushalts sei immer noch nicht größer als der Haushaltsansatz und andere über- und außerplanmäßige Ausgaben seien verkraftet worden. Zusammenfassend sei zu sagen, dass trotz des niedrigeren Betrages im Bereich der Gewerbesteuer, nicht nur pessimistisch an die Angelegenheit herangegangen werden sollte. Nachdenklich stimme Herrn Mansholt, dass zu den bisher eingeplanten 2 Mio. € Defizit – wie auch im Ratsbeschluss zugrunde liegend - jetzt im Ergebnis 2013 weitere 2 Mio. € dazu gekommen seien, die ebenfalls die vorhandenen Rücklagen schmälerten.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 8** Ablaufplan Haushaltsberatungen 2015  
Vorlage: 16/1200

**Herr Mansholt** führt aus, dass der Ablaufplan Haushaltsberatungen 2015 -wie in den Vorjahren- vom Grundprinzip genauso aufgebaut sei, aber im Hinblick auf die Ferientermine angepasst worden sei. Die Beteiligung der Fachausschüsse direkt nach den Sommerferien, um auf der Grundlage des Eckwertebeschlusses die Budgets zu diskutieren, sei ebenso nicht verändert worden.

**Herr Renken** bedankt sich bei Herrn Mansholt für die Ausführungen, er könne den Ablauf nachvollziehen. In der Planung sei allerdings das Thema Bürgerhaushalt nicht enthalten. Daher stelle er die Frage, inwieweit der Bürgerhaushalt gediehen sei und wann das Thema, z. B. begleitend zu den Haushaltsberatungen, eingebunden werden könne.

**Herr Mansholt** antwortet, dazu könne er konkret keine Auskunft geben, da es sich um eine Masterarbeit eines städtischen Mitarbeiters handele, die voraussichtlich in den kommenden Monaten abgeschlossen werde. Derzeit finde ein intensiver Dialog zwischen dem Oberbürgermeister, dem Kämmerer und dem besagten Mitarbeiter statt. Herr Mansholt werde das Anliegen von Herrn Renken an Herrn Jahnke weiterleiten.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 9** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Mansholt** weist darauf hin, dass aufgrund der Erkrankung von Herrn Jahnke, der Punkt Zukunft Wirtschaftsförderung in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Ausschusses Wirtschaft, Hafen und Tourismus nicht auf der Tagesordnung stehe, da Herr Jahnke diesen Punkt persönlich vortragen wolle. Die Verwaltung bitte die Ausschussmitglieder in diesem Zusammenhang um Verständnis. Es werde bereits in der Verwaltung nach einem neuen Sitzungstermin gesucht.



## Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 19.03.2014

**Herr Hegewald** entgegnet, gestern habe er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses lange mit der Verwaltung in dieser Angelegenheit diskutiert, aber er habe eingesehen, dass es nicht anders gehe. Die anderen Themen Ems-Dollart-Region, Großküche und Güterbahnhof seien dagegen unverändert Tagesordnungspunkte der morgigen Sitzung. Die Verwaltung habe bereits per Mail mit ihm zwecks neuer Terminabsprache Kontakt aufgenommen. Der Termin werde evtl. Ende April bzw. im Mai stattfinden. In der Sitzung werde dann das Thema Zukunft der Wirtschaftsförderung behandelt.

### **TOP 10**           Anfragen

Es werden keine Fragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.